

Arbeiterbewegung und Annexion 1918-1919

Wird der Geschichte einer Luxemburger Identität vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt, so verzichtet man diesbezüglich zumeist auf eine Betrachtung der Beziehung zwischen Arbeiterbewegung¹ und Nation. Hiermit klammert man jedoch die Positionen der politischen Repräsentanz eines bedeutenden Teils der Bevölkerung aus. Anhand der Diskussion um eine mögliche Annexion nach Kriegsende 1918 können einige wichtige Merkmale der Bindung luxemburgischer Sozialisten an die Nation skizziert werden.

Weiterbestehen Luxemburgs als eigenständiger Staat?

Bereits vor Kriegsbeginn 1914 wurden innerhalb der Eliten Belgiens und Frankreichs immer wieder Zweifel an der Existenzberechtigung eines Luxemburger Staates angemeldet. In Paris entschied man sich zugunsten Belgiens, auf eventuelle Ansprüche zu verzichten im Gegenzug für ein Militär- und Wirtschaftsabkommen. Innerhalb der belgischen Politik gab es zwar laute Forderungen nach einer Annexion, aber weder eine vorbehaltlose Unterstützung, noch Einigkeit über die Verfahrensweise.

In Luxemburg gab es ebenfalls Befürworter einer Annexion, so etwa die Anhänger einer Personalunion mit Belgien oder die Mitglieder der „Ligue française“. Zusätzlich zu den Annexionsvorhaben stellten die daniederliegende Wirtschaft sowie der Ausbruch der seit Jahren schwelenden politischen Krise in eine republikanisch-revolutionäre Kontestation des Staates weitere Herausforderungen an das Weiterbestehen des bisherigen Luxemburgs. Während die republikanische Bewegung den Staat auf neue Grundlagen stellen wollte und die Nachbarländer Kabinettspolitik alter Schule betrieben, hatte das internationale Statut Luxem-

burgs aber weiterhin Bestand und mit dem von US-Präsident Wilson verfochtenen Selbstbestimmungsrecht der Völker hielt ein gewichtiger Faktor Einzug in die Weltpolitik.

Arbeiterbewegung und Selbstbestimmungsrecht

Angesichts der Infragestellung der Unabhängigkeit beriefen sich Luxemburger Konservative wie auch Sozialisten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, d. h. dem Recht der Völker in selbstgesetzter Freiheit über Eigenständigkeit sowie innere Angelegenheiten zu entscheiden.

Für die frühe marxistische Theorie ist festzuhalten, dass der nationalen Frage geringe Bedeutung eingeräumt wurde. Im Einklang mit liberalen Modernisierungstheorien vermutete man, dass das Nationalitätenproblem durch die internationale, grenzüberschreitende Tendenz von Industrialisierung und Kapitalismus obsolet würde. Die Fragmentation der Staatenlandschaft in kleinere Entitäten einzelner Nationalitäten wurde als hinderlich angesehen für die Entwicklung des Kapitalismus und, darüber hinaus, auch des Sozialismus. Jedoch wurde das Selbstbestimmungsrecht bereits in der I. Internationale von einer Mehrheit befürwortet.

Allgemeinhin maßen die sozialistischen Bewegungen einer theoretischen Analyse der historischen Rahmenbedingungen große Bedeutung bei. Für die

Christophe
Haler

Christophe Haler schrieb seine Magisterarbeit zum Thema Sozialismus und Nation – Die nationale Integration der Luxemburger Arbeiterbewegung 1918-1921 bei Prof. Dr. Jörn Leonhard an der Universität Freiburg i. Br.

einheimischen Sozialisten ist jedoch festzustellen, dass augenscheinlich keine größere Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen eines eigenständigen Luxemburger Großherzogtums für die Arbeiterbewegung stattgefunden hat.

Nachdem C.M. Spoo 1896 als erster Vertreter sozialistischen Gedankenguts in die Kammer eingezogen war, beteiligte man sich auch an den sporadischen Debatten über Luxemburger Nationalität und Kultur. So forderten die Sozialisten als erste Partei die Anerkennung des „Lëtzebuergeschen“ als Parlamentssprache und betonten seine Bedeutung für die gesellschaftliche Demokratisierung sowie für die Unabhängigkeit. Zugleich empörte man sich gegenüber jenen nationalistischen Stimmen, welche mit der Anzahl ausländischer Arbeitnehmer anstiegen. Eine größere Parteischrift oder eine ausführliche Diskussion über die nationalen Grundlagen Luxemburgs ließ sich für die Vorkriegszeit aber nicht feststellen. Angesichts der Annexionsfrage sollte man jedoch zu einer näheren Beschäftigung damit gezwungen sein.

Die Luxemburger Sozialisten und die Luxemburger Frage

Auf der internationalen Konferenz von Zimmerwald (1915) sprachen sich die Vertreter zahlreicher sozialistischer Parteien für die Losung eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen“ aus und im Juli 1917 begrüßte eine Resolution der Luxemburger Sozialisten diese Position:

„Nous nous rallions donc entièrement à la formule proposée comme base des négociations par nos camarades russes: Paix sans annexions, ni contributions, sur la base de l'autonomie complète de tous les peuples, cette formule sera la sauvegarde des petits, trop faibles pour se défendre par la force des armes. [...] Tous les traités qui garantissent notre indépendance, nos libertés, nos droits, nos traités douaniers et nos traités de chemin de fer ont été déchirés comme des chiffons, et l'ouragan de 1914 les a emportés dans la tourmente universelle. [...] Nous sommes convaincus que l'Internationale ouvrière soutiendra nos efforts pour reconquérir notre indépendance et qu'elle accordera à un petit peuple libre le soin de chercher lui-même la voie de ses destinées futures.“²

In der Folge sprach man sich regelmäßig für die Unabhängigkeit aus und als sich die Annexionsfrage schlussendlich bei Kriegsende auftat, waren die Sozialisten nicht unvorbereitet. Im Vergleich zu anderen Parteien, insbesondere den Liberalen, wurde man nur wenig von Kontroversen erschüttert.³ Allerdings gab es einige Befürworter eines Anschlusses an Frankreich. Prominentester Vertreter war der Differdinger Bürgermeister Émile Mark. Er bezweifelte die zukünftigen Existenzmöglichkeiten kleiner Staaten und als einziger sozialistischer Abgeordneter sprach er sich für eine „annexion pure et simple“⁴ aus. Innerhalb der Partei war es

vor allem die Escher Ortsgruppe, welche sich für den Anschluss einsetzte. Diese gab vor, dass die Luxemburger „unbestreitbar zur selben Nation wie die Lothringer und die Wallonen, unsere rassenverwandten gallischen Brüder“ gehörten.⁵ Indem man zum „Stammland“ Frankreich zurückkehre, würde der Traum von der „Wiedervereinigung aller Luxemburger“ von Eifel bis Mosel erfüllt werden, und gemeinsam mit den französischen Genossen würde man am „Zustandekommen der sozialen Gerechtigkeit arbeiten und den Brüdern aus allen anderen Nationen [...] ein leuchtendes Beispiel geben, damit sie auch rasch in ihrer Heimat den Zustand erreichen, welcher die Abschaffung aller Grenzen ermöglicht“.

Der Versuch die Frankophilie durch pseudo-historische Verweise zu untermauern und an die kollektive Erinnerung einer „groß-luxemburgischen“ Gemeinschaft zu appellieren, stieß aber auf wenig Resonanz. So entschied sich der Parteitag vom 4. Januar 1919 für die Autonomie:

„In allen Sektionen herrschte sozusagen Einstimmigkeit, daß momentan keinerlei Veranlassung vorliegt unsere luxemburgische Nationalität und unsere Freiheiten aufzugeben, um einem größeren Nachbarn um den Hals zu fallen. Wir wissen was wir haben und wissen nicht oder jedenfalls nicht genau, mit was man uns auf der anderen Seite kommen wird.“

Wenn wir auch leicht ‚affinable‘ sind, so denken und fühlen doch die meisten von uns in diesem Augenblick als Luxemburger: und diese Gefühle kann man nicht ausziehen wie ein altes Hemd. [...] Für die Autonomie. Das will nicht heißen, daß wir auf die Prinzipien des Internationalismus verzichten und der Gruppe um die ‚Nation‘ [zeitgenössische nationalistische Gruppierung, Anm. C.H.] ihre patriotischen Lieder nachgrölen. [...] Wir werden ihnen [den im kommenden Völkerbund verschwindenden Grenzen] keine Träne, blutige oder unblutige, nachweinen. Aber solange die Stunde des Völkerbundes nicht geschlagen hat, solange nicht die Herrschaft der Arbeit sich unumschränkt über die Ruinen des alten Europa geltend macht, hält die sozialdemokratische Partei an ihrem Ideale fest, an der freien und unabhängigen luxemburgischen Volksrepublik.“⁶

Bevor näher auf die Entscheidung für die Unabhängigkeit eingegangen werden soll, gilt es noch auf einige Punkte der sozialistischen Argumentation zu verweisen.

Zunächst ist festzustellen, dass nach Kriegsende nicht mehr, wie noch in oben erwähnter Resolution von 1917, auf die „traités qui garantissent notre indépendance“ verwiesen wurde, sondern nur noch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die internationalen Verträge, welche bis dato die Existenz Luxemburgs sicherten, beruhten nämlich auf dem Recht der Dynastie auf Luxemburg. Berief man sich auf das Selbstbestimmungsrecht

Angesichts der Infragestellung der Unabhängigkeit beriefen sich Luxemburger Konservative wie auch Sozialisten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

der Völker, so verzichtete man in der Regel darauf, eine nähere Bestimmung der nationalen Eigenart eines Luxemburger Volkes und seinem diesbezüglichen Recht auf einen eigenen Staat vorzunehmen. Diese ausbleibende Beschäftigung wurde dadurch ermöglicht, dass man, im Gegensatz zu anderen kleinen Völkern, nicht für das Erlangen der Unabhängigkeit eintreten musste, sondern auf das Beibehalten einer bereits international anerkannten Unabhängigkeit pochen konnte. Darüber hinaus schien aber in einigen Beiträgen eine interessante Nationalitäts-Konzeption immer wieder durch.

Eine internationalistische Nationalität

Im Oktober 1918 fand sich in der *Schmiede* folgende Ausführung über die Nachkriegsrolle luxemburgischer Sozialisten:

„Abgesehen von den aus dem Wesen des Sozialismus sich ergebenden internationalen Aufgaben des Proletariats, ist sie [die internationale Politik] für die Luxemburger Genossen eine Notwendigkeit und zugleich eine Pflicht. [...] Eine Pflicht, weil ihnen durch die geographische und kulturelle Zwischenlage unseres Landes, im Bereiche des internationalen Zusammenlebens, gewisse allgemein menschliche, neben besonderen parteimäßigen Vermittlertätigkeiten, gleichsam von Natur aus, zugewiesen wurden. Auf dem schmalen Streifen Landes, den die Karte Europas als das Großherzogtum Luxemburg vermerkt, laufen seit vielen Jahrhunderten die geistigen Strömungen von Ost und West, von Germanismus und Romanismus ineinander u. bilden, zur Einheit gepaart, die Eigenart unserer nationalen Kultur u. unseres idealen Stimmungsvorrates. Wir sind also wie kein anderes Volk, dazu berufen, dem Ausgleich der

Waffengegensätze, [...] ohne den ein dauernder Frieden undenkbar ist, ein inniges Verständnis entgegenzubringen.“⁷

Der Autor nahm hierbei das ab Mitte der 1900er Jahre von Luxemburger Intellektuellen entwickelte Konzept der „Mischkultur“ auf, welches besagt, „dass das Luxemburgische einerseits eine eigenständige Kultur zwischen der französischen und der deutschen darstellt und andererseits auf Grund des Bilinguismus wesentlich von der Adaptation kultureller Einflüsse der Nachbarländer geprägt ist und daher zur Vermittlung zwischen beiden Ländern prädestiniert sei.“⁸

Ein solches Selbstverständnis, wie es in diversen Presse- und Rednerbeiträgen zu Tage kam, konnte bereitwillig akzeptiert werden, denn es erlaubte nicht nur Luxemburger Nation und sozialistischen Internationalismus zu versöhnen, sondern darüber hinaus bot es die Möglichkeit einer positiven Ausfüllung des Nationsbegriffs. Waren die Sozialisten gewillt die Unabhängigkeit zu verteidigen und wollten sie sich hierbei nicht nur auf bestehende Verträge berufen, sondern die Eigenstaatlichkeit der Luxemburger zusätzlich durch seine Eigenart legitimieren, bot ihnen ein solcher Nationsbegriff wertvolle Möglichkeiten. Eine ethnische, d. h. auf Volkstum und Sprache basierende Definition, barg die Gefahr, dass sie gegebenenfalls auch dazu verwendet werden konnte, die Luxemburger als deutschen Stamm darzustellen. Ohnehin war eine völkische Definition kaum zu vereinbaren mit einer internationalistischen Ideologie. Weiterhin musste eine Bestimmung der Luxemburger Nationalität auf Grundlage von Geschichte und Kultur, unter dem Eindruck der angrenzenden Hochkulturen, offensichtliche Rückstände aufweisen.

Berief man sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, so verzichtete man in der Regel darauf, eine nähere Bestimmung der nationalen Eigenart eines Luxemburger Volkes und seinem diesbezüglichen Recht auf einen eigenen Staat vorzunehmen.

Der Knuedler im Januar 1919. Französische Soldaten lösen eine pro-republikanische Demonstration auf.
(Foto: F. Mersch: Luxembourg: Belle époque, guerre et paix, Luxembourg 1978, S. 206)



Eine belgische Annexion fand bei den Sozialisten nie irgendeine Berücksichtigung. Die belgische Arbeiterbewegung bestach zwar durch eine gute Organisation, eine politische, arbeitsrechtliche und wirtschaftliche Verbesserung hätte sich aber nicht ergeben.

Die Mischkultur hingegen erlaubte ein *auto-image*, welches genuin luxemburgisch war und eine positive Distinktion erlaubte. Sie war nicht nur mit dem Internationalismus kompatibel, sondern wurde geradezu als wahrer Ausdruck und Förderer hiervon gesehen.⁹ Darüber hinaus sollte die Mischkultur die Eigenstaatlichkeit dank der Vermittler-Befähigung, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, legitimieren und sichern. Eine solche Konzeption findet sich heute noch im Selbstverständnis der europäischen Außenpolitik Luxemburgs.

Die Entscheidung für die Unabhängigkeit

Kennzeichnend für die Annexions-Debatte war die pragmatische Nüchternheit eines Großteils der Beiträge. Man äußerte zwar „Gefühle“ für die Heimat Luxemburg, diese verhinderten aber keine Hinterfragung des *Staates* Luxemburg. Diese Unaufgeregtheit steht im Kontrast zu der emotionalen Aufladung, welche man bei einer Diskussion über Nationalität erwarten würde.

Eine belgische Annexion fand bei den Sozialisten nie irgendeine Berücksichtigung. Die belgische Arbeiterbewegung bestach zwar durch eine gute Organisation, eine politische, arbeitsrechtliche und wirtschaftliche Verbesserung hätte sich aber nicht ergeben. Neben der monarchischen Staatsform hätte man in Belgien eine durchaus feindlich gesinnte katholische Bauernschaft vorgefunden und die Opposition von Mittelklasse und Bourgeoisie wäre angesichts der Allianz der belgischen Liberalen mit den Katholiken wohl noch stärker ausgefallen.

Frankreich genoss ein überaus hohes Prestige ob seines Siegerstatus, vor allem aber ob seiner republikanischen Tradition. Darüber hinaus hegten die Sozialisten große Bewunderung für den Kampf der französischen Arbeiterbewegung um soziale und wirtschaftliche Reformen. Die Argumentation der Annexions-Anhänger, „daß ein kleines, armseliges Land, dessen Industrie und Wirtschaftsleben fürderhin von der Entente abhängig ist, für sich allein jene einschneidenden Reformen nicht einführen kann“¹⁰ war nicht von der Hand zu weisen. Andererseits wusste man auch um die gesellschaftlichen Widerstände in Frankreich und die Bereitschaft der sogenannten „Bourgeoisieherrschaft“ militärische Gewalt zur Beendigung von Streiks einzusetzen. Zudem wurde das von der Luxemburger Regierung beantragte Wiederherstellen der Ordnung durch französische Truppen im Januar 1919 als anti-republikanische Unterstützung der Dynastie und Eingriff in die nationale Politik gewertet.

In Luxemburg wussten die Sozialisten hingegen „was wir haben“. Zentrale Forderungen der Sozialisten, insbesondere die Republik, aber auch Nationalisierung von Industrie und Eisenbahn, blieben zwar unerfüllt und wenig aussichtsreich. Andererseits hatten sich seit Kriegsende wesentliche Verbesserungen angekündigt, begünstigt durch

eine Nachkriegssituation, in welcher die regierende Rechtspartei händeringend Unabhängigkeit und Dynastie zu verteidigen suchte und hierfür jegliche soziale Unruhe durch weitgehende Zugeständnisse vermeiden wollte. Beseitigte die Abschaffung des Zensus-Wahlrechts eine Rückständigkeit, so hielt Luxemburg bei der Einführung des Achtstundentags (14.12.1918) mit den Nachbarländern Schritt und die im Arbeiterausschuss-Gesetz (28.4.1919) bewilligte betriebliche Mitbestimmung war so fortschrittlich, dass sie der belgischen und französischen Politik ein Dorn im Auge war.

Diese und andere legislative Maßnahmen führten die nationale Integration der Arbeiterschaft sicherlich nicht schlagartig herbei, bestärkten aber das Vertrauen, dass ein unabhängiger Luxemburger Staat wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritt leisten konnte. Tatsächlich sollte sich die Kleinheit des Landes auf Dauer nicht als Nachteil, sondern als Vorteil für das sogenannte „Luxemburger Modell“ sozialen Ausgleichs erweisen. ♦

¹ Bei ‚Arbeiterbewegung‘ wird sich auf die zwei bedeutendsten Institutionen der organisierten Arbeiterschaft Luxemburgs 1918-1919 bezogen: die Sozialistische Partei Luxemburgs und die, zu Teilen, sozialistisch geprägte Gewerkschaftsbewegung. Zu Beginn 1919 stellten die Sozialisten 12 Abgeordnete (von 53, bei Zensus-Wahlrecht). 1920 waren in etwa 18 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert (bei einer Bevölkerung von 260 000).

² Die Schmiede, 28.7.1917. Parteiorgan der Sozialistischen Partei.

³ Fayot, Ben: Sozialismus in Luxemburg. Von den Anfängen bis 1940, Luxembourg 1979, S. 196 f. Siehe auch die Aussage des sozialistischen Abgeordneten Probst, welcher die Thematisierung eines eventuellen Anschlusses ablehnte, da die diesbezügliche Entscheidung ohnehin nicht in luxemburger Hand liege und dass „ces questions-là une fois posées créeraient la désunion parmi les Luxembourgeois, et c'est cela ce que nous voulons éviter. [...] Toutes ces questions doivent trouver avec leur caractère national l'adhésion de la plus forte majorité de nos compatriotes.“ Compte rendu de la Chambre 1918-1919, S. 73.

⁴ CR 1918-1919, S. 4672.

⁵ Die Schmiede, 4.1.1919

⁶ Die Schmiede, 11.1.1919

⁷ Die Schmiede, 19.10.1918

⁸ Conter, Claude D.: „Mischkultur“, in: Erinnerungsorte in Luxemburg. Umgang mit der Vergangenheit und Gegenwart der Nation, hrsg. von Sonja Kmec u. a., Luxemburg 2007, S. 23-28, S. 23.

⁹ Siehe u. a. auch die Aussage des Ministers Antoine Krier auf dem Parteitag von Januar 1921: „Kein Land der ganzen Welt kann in grundsätzlicher Hinsicht mit unserem kleinen Ländchen verglichen werden. Wenn wir auch noch so klein sind, so ist unser Denken u. Fühlen, speziell das der Arbeiterschaft grundsätzlich verschieden von dem unserer Nachbarländer. Der Luxemburger ist international und antimilitaristisch wie kein Revolutionär eines anderen Landes es besser sein kann. Das internationale Gefühl des Luxemburger Arbeiters ist bewiesen: seine antimilitaristische Gesinnung ergibt sich von selbst aus seiner Lage. Wer kann behaupten dass die Revolutionäre Frankreichs oder Deutschlands oder irgend eines anderen Landes reiner sind als die Luxemburger, wo doch diese tatsächlich international und antimilitaristisch geboren sind.“ Krier, Antoine: Aus dem Parteileben Luxemburger Arbeiter und Sozialisten. Kongreßdebatten, Beschlüsse. Resolutionen, Luxembourg 1973, S. 30.

¹⁰ „Genug des grausamen Spiels“, Escher Tageblatt 11.12.1918. Das Tageblatt sprach sich offensiv für den Anschluss an Frankreich aus. Vor seiner Übernahme durch die (sozialdemokratisch geprägten) Freien Gewerkschaften 1927 kann seine politische Ausrichtung als linksliberal/radikalsozialistisch bezeichnet werden.